

Protokoll

2. Tagung des 3. Landesparteitages
2. Dezember 2012 in Frankfurt/Oder

Inhaltsverzeichnis

Beschlüsse des Parteitages

Ein soziales und demokratisches, ökologisches und wirtschaftlich stabiles Brandenburg braucht eine starke LINKE	3
Ein anderes, besseres Europa ist machbar – gemeinsam die Wahlkämpfe 2013/14 in Brandenburg vorbereiten!	11
Für ein linkes und sozial gerechtes Hochschulgesetz in Brandenburg	12
Beschlussanlage zu dem Antrag „Für ein linkes und sozial gerechtes Hochschulgesetz in Brandenburg“	15
Wir verändern: gerecht, solidarisch und mit Verantwortung für die Zukunft	17
„Recht auf Wohnen - ein soziales Grundbedürfnis“	20

Reden des Parteitages

Rede von Christian Görke, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Landtag	21
Rede von Stefan Ludwig, Landesvorsitzender DIE LINKE. Brandenburg	27

Ein soziales und demokratisches, ökologisches und wirtschaftlich stabiles Brandenburg braucht eine starke LINKE

1. {Herausforderung zum Wettstreit für Brandenburg}

Drei Jahre anstrengender Arbeit liegen hinter der Landespartei.

Die Landtagsfraktion und unsere MinisterInnen wollten und mussten gemeinsam mit der gesamten Partei in Regierungsverantwortung lernen, unsere politischen Zielstellungen im harten Ringen um politische Möglichkeiten durchzusetzen und gleichzeitig in der außerparlamentarischen Arbeit bei scharfem Gegenwind zu bestehen. Dabei ist uns nicht alles gelungen, dennoch haben wir Vieles möglich gemacht auf dem Weg zu einem sozial-ökologischen Umbau für unser Land.

Vor uns liegen zwei Jahre wichtiger Wahlkämpfe - für den Bundestag, das Europaparlament, die Kommunalvertretungen und für einen neuen Landtag.

Als LINKE sind wir mehr denn je gefordert, unter Beweis zu stellen, dass es gelingt, sozialpolitische und ökologische Herausforderungen zu meistern und dabei ein verlässlicher Regierungspartner zu bleiben. Wir führen einen fairen sozialpolitischen und ökologischen Wettstreit mit der SPD auf der Basis unseres Parteiprogramms, des gemeinsam Erreichten und im Sinne des Gemeinwohls der Menschen in diesem Land. Die bewährte Tradition, der guten Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden sowie Kulturträgern wollen wir erhalten und ausbauen.

2. {Wir sind die Partei der sozialen Frage}

Elementare Voraussetzung für das Wohl des Gemeinwesens ist aus unserer Sicht und Erfahrung der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir stehen gegen eine ausufernde soziale und ökonomische Ungleichheit.

Sie macht ein Land krisenanfällig und erweist sich als Entwicklungsbremse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Sie bindet in wachsendem Maße öffentliche Mittel bei immer geringerem Effekt für die von Sozialtransfers abhängigen Menschen. Für uns steht fest: Soziale Spaltung kann nicht verwaltet, sie muss überwunden werden.

Im Zentrum unserer politischen Anstrengungen steht daher die soziale Frage. Wir schieben sie nicht in Fachressorts ab. Für uns ist der Schwerpunkt bei jeder Entscheidung, die wir politisch treffen, bei jeder Initiative, die von uns ausgeht und bei jedem Vorschlag, den wir unterbreiten, dass das, was wir tun den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt und die Schwächsten der Gesellschaft schützt.

Die soziale Frage zielt auf

- gute Arbeit und ein existenzsicherndes Einkommen zur gesellschaftlichen Teilhabe,
- gesellschaftliche Teilhabe, bezahlbaren Wohnraum und gute Bildung für alle,
- Bewahrung der natürlichen Lebensbedingungen für künftige Generationen.
- gute gesundheitliche Vorsorge und Versorgung,
- gute Alterssicherung sowie
- gute Lebensbedingungen für Kinder.

Daran messen uns jene, die beabsichtigen uns zu wählen oder erneut zu wählen

3. {Krisenbekämpfung: Finanzmärkte bändigen, hohe Einkommen und Vermögen heranziehen, in die Zukunft investieren}

Wir bereiten den Wahlzyklus 2013/14 mitten in einer noch immer grassierenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise vor. Sie begann als eine Krise der Banken und der sogenannten Finanzindustrie. Doch die internationale Politik unterließ fast alles, was notwendig gewesen wäre, um die Banken in die Verantwortung zu nehmen und die Finanzindustrie zu bändigen. Stattdessen wurden gewaltige Summen in die Rettung von Banken und ganzen Bankensystemen investiert. Die Staatsfinanzen bluteten aus und wurden zum Spielball des geretteten Casino-Kapitalismus. Die Euro-Zone geriet in eine bedrohliche Krise.

Die deutsche Bundesregierung ist Wortführerin einer Linie, die die Krise in Europa durch drastische Reduzierungen der Staatshaushalte bekämpfen will. Sozialleistungen, Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst, auch Investitionen werden gekürzt. Die Mehrzahl der abhängig Beschäftigten, die Erwerbslosen, RentnerInnen, die jungen Leute sind die Opfer. Dieser Kurs verschärft die Krise spaltet Europa - sozial und zunehmend auch national.

Dieser Kurs hat die Abhängigkeit der Staaten von den Finanzmärkten erhöht und nicht verringert. Private Banken leihen sich zu einem Zinssatz von 0,75 Prozent Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB), das sie an Länder wie Spanien für 7 Prozent weiter verleihen. Die Staatsverschuldung ist eine enorme Profitquelle für die Finanzwirtschaft, weil sie den Staaten die Zinshöhe diktieren kann. Diese Bereicherung auf Kosten der Öffentlichkeit kann durch eine neue Kreditpolitik der EZB zurückgedrängt und beendet werden. Durch die direkte Kreditvergabe an die Mitgliedstaaten der Euro-Zone wird die Refinanzierung der Staaten vom Diktat der Finanzmärkte befreit und enorme Zinszahlungen können eingespart werden.

Staatsdefizite bekämpft man dennoch nicht, indem man keine Schulden mehr machen will oder darf. Verursacher und Gewinner der Krise müssen in die Verantwortung für die Krisenbewältigung genommen werden. Wir wollen, dass Privat- und Betriebsvermögen einen deutlich wachsenden Beitrag zur Ausstattung der öffentlichen Hände leisten.

Die Zukunft kann man sich nicht sparen - in die Zukunft muss man investieren. An der richtigen Stelle, mit dem nötigen Ausmaß und mit einer tragfähigen Perspektive, um soziale und ökonomische Ungleichgewichte zu verringern.

Dafür kämpfen wir.

4. DIE LINKE steht für eine friedliches, soziales, demokratisches und ökologisches Europa

Die europäischen Institutionen und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten suchen nach einem Weg, die Europäische Union zusammen zu halten. Man macht sich auf den „Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“. Dieser Umbau soll einhergehen mit Schritten zur politischen Union, mit der Abgabe von Souveränitätsrechten der Staaten, mit der Schaffung einer Föderation von Nationalstaaten. Das Ganze wird ökonomisch flankiert mit der Absicht, eine „dritte industrielle Revolution“ auszurufen. Bislang ist nicht erkennbar, worin sich dieser Ansatz in der sozial-ökonomischen Substanz von der bisher verfolgten unsozialen Politik unterscheidet. Diese Politik hat in die Krise geführt, sie verschärft und sie ist nicht in der Lage, Europa eine tragfähige Perspektive zu geben.

Vor diesem Hintergrund meinen wir als DIE LINKE Brandenburg:

Das europäische Projekt muss endlich zu einer sozial gerechteren Union ausgebaut werden. Wir setzen auf die Idee einer Sozialunion – sie ist für uns eine wesentliche Antwort auf die gegenwärtige Krise der Europäischen Union. Für die Finanzkrise müssen europäische Antworten gefunden werden, die sichern, dass die Verursacher der Krise zur Verantwortung gezogen und Alternativen

im Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden. Die gegenwärtige Rolle Deutschlands sehen wir kritisch. Sie ist auf europäischer Ebene vor allem mit Sparpolitik verbunden. Wir brauchen kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland. Wir sind solidarisch mit den von der Krise betroffenen Völkern Europas und wenden uns besonders in Zeiten der Krise gegen jedwede nationalistische Ressentiments. Wir fordern eine demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank und eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments. Das Demokratiedefizit der EU ist nicht länger hinnehmbar. Wir brauchen gerade in der Krise mehr, und nicht weniger Demokratie. In der Außenpolitik muss die schleichende Militarisierung beendet werden.

So, wie sie ist und wie sie geführt wird, kann die EU nicht bleiben!

Zu sehr haben aus Brüssel kommende Deregulierungsvorgänge, Privatisierungsforderungen und Wettbewerbsauflagen die öffentliche Daseinsvorsorge und die sozialen Standards angegriffen. Europäische Zentralbank und Europäische Kommission sind als Mitglieder der Troika maßgeblich verantwortlich für die anhaltende gigantische Umverteilungspolitik zulasten der öffentlichen Haushalte unter der Mehrheit der EuropäerInnen: Während Milliarden Euro an Hilfen mittel- und unmittelbar zur Finanzindustrie fließen, werden vor allem die südeuropäische Staaten durch von der Troika erzwungene Sparmaßnahmen in ihrer inneren sozialen und demokratischen Ordnung zerstört.

Wir wollen kein Zurück zu einem Europa einzelner, teils scharf untereinander verfeindeter Nationalstaaten. Wir wissen die Vorteile der EU sehr genau zu würdigen: Die Jahrzehnte des Friedens unter den Mitgliedsländern, die in diesem Rahmen erst möglich gewordene breite Aussöhnung der Deutschen mit ihren Nachbarn, die Freizügigkeit und die kulturelle Offenheit, die Leistungen der EU für den Ausgleich zwischen den Regionen, von denen gerade Ostdeutschland besonders profitiert hat.

Die Erzählung der Zukunft Europas kann man aber heute nicht mehr nur mit den Kriegserfahrungen vorheriger Generationen bestreiten. Europa muss zusammenrücken, um die Herausforderungen in der Welt gemeinsam zu lösen - in Fragen von Klimaschutz und Menschenrechten, bei der Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung oder der Bändigung von Finanzmärkten - in Europa und weltweit. Das kann kein Staat allein mehr schaffen, auch Deutschland nicht!

Der nächste Schritt zur europäischen Integration darf nicht der bisherigen Logik folgen. Wir wollen eine europäische Integration, eine Sozial- und Wirtschaftsunion in der die Interessen der Mehrheit der Menschen in Europa, in der ihre demokratische Beteiligung am Prozess und ihre sozialen Rechte gestärkt werden.

Vor diesem politischen Hintergrund agieren wir Mitglieder des Landesverbandes Brandenburg - in Potsdam, Berlin und Brüssel bzw. Straßburg. Wir tragen unsere europapolitischen Positionen in die Parlamente, in die Öffentlichkeit und auf die Straße. Wir setzen uns für konkrete Veränderungen der europapolitischen Rahmensetzungen für das Land Brandenburg ein und entscheiden damit auch über die Möglichkeiten, die Brandenburg und wir als DIE LINKE bei der Gestaltung der Zukunft unseres Landes künftig haben werden. Für den Brandenburger Landesverband der LINKEN und seine Fraktionen auf Landes- und kommunaler Ebene sowie die Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament ist die Europäische Union eine wichtige politische Handlungsebene - sie muss in unserer Gesamtpolitik auch einen größeren Stellenwert erhalten. Wir müssen Europapolitik für die Brandenburgerinnen und Brandenburger erlebbarer machen, und wir können hier vor Ort einen Beitrag leisten, auch und gerade bei der Gestaltung lebendiger deutsch-polnischer Beziehungen.

In den kommenden Wahlkämpfen wollen wir in diesem Sinne viele Brandenburgerinnen und Brandenburger für unsere europapolitischen Ideen gewinnen. Wir wollen, dass die Menschen (wieder) sagen können: Es geht um uns, denn es geht um Europa!

Diese Position wollen wir aktiv zur Geltung bringen. Dafür wollen wir viele Menschen mobilisieren.

5. {Unser Kompass: sozialökologischer Umbau - Nachhaltigkeit in allen Dimensionen}

DIE LINKE regiert mit dem Anspruch, der gesellschaftlichen Entwicklung neue Akzente und eine neue Richtung zu geben. Wir können die Hauptakzente der Politik – weg vom neoliberalen Mainstream, hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Erneuerung des Landes – verändern!

Mit diesem Anspruch führen wir auch erneut eine Debatte über unser Leitbild für Brandenburg.

Dieser Anspruch prägt unsere praktische Politik auch gegenüber unserem Koalitionspartner. Wir vertreten Nachhaltigkeit in ihrer sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimension.

Es führt zu Nachhaltigkeit, wenn für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet, wenn Ausgrenzung durch Armut überwunden wird.

Das beginnt bei den Jüngsten. Wir setzen weiter auf gute Kitas. Inklusion ist mehr als gemeinsames Lernen. Wir wollen inklusive Bildung als Grundrecht durchsetzen. Durch die schrittweise Einführung der zwölfjährigen Gemeinschaftsschule – beginnend in der nächsten Legislaturperiode – muss dazu eine Voraussetzung geschaffen werden. Diese darf nicht zu Lasten der Kommunen als Schulträger gehen.

Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode den Übergang zur Gemeinschaftsschule in Brandenburg vollziehen.

Es führt zu Nachhaltigkeit, wenn Menschen von ihrer Arbeit leben können! Mit dem Vergabegesetz, das einen Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen vorsieht, haben wir das im Land Mögliche zunächst getan. Wir setzen uns aktiv dafür ein, bis zum Ende der Legislaturperiode diesen Mindestlohn auf 10 Euro pro Stunde anzuheben sowie perspektivisch den Geltungsbereich des Landesvergabegesetzes durch die Aufnahme von ökologischen Kriterien und Anforderung an die Frauenförderung weiter zu entwickeln. Das weiterentwickelte Vergabegesetz muss zukünftig auf alle Institutionen Anwendung finden, die seitens des Landes Zuwendungen bekommen. Wenn wir Fördermittel im Land ausgeben, haben wir dafür ökonomische, ökologische und soziale Kriterien, fördern wir unternehmerisches Engagement und gute Arbeit!

Des Weiteren ist und bleibt für uns Hartz IV Armut per Gesetz. Auf Landesebene werden wir gezielt weitere Impulse in die Bundespolitik geben, um die Hartz-IV-Regelungen und insbesondere die Sanktionsparagrafen abzuschaffen. Erwerbslose müssen eine existenzsichernde Mindestsicherung in Höhe von mindestens 1.050 Euro erhalten, um eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang und darüber hinaus diskutieren wir die Idee sowie einzelne Konzepte eines Bedingungslosen Grundeinkommens.

Nachhaltigkeit geht einher mit Strukturwandel. Strukturwandel wird aber nie ein eindimensionaler, widerspruchsfreier Vorgang sein. Wir erleben das derzeit im Energiesektor. Mit der Energiestrategie 2030 geht Brandenburg den Schritt vom aktiven Bekenntnis zum Vorrang für Erneuerbare Energien hin zur Gestaltung des technologischen und gesellschaftlichen Durchbruchs für Erneuerbare Energien. DIE LINKE.Brandenburg tritt für die Reform des Erneuerbare –Energien–Gesetz zur Errichtung von Energiespeichersystemen unter Nutzung des Gasnetzes ein. Schrittweise ist so das Ziel der Energieversorgung zu 100 % aus erneuerbare Energien zu erreichen. Mit dem Erstarren der Erneuerbaren Energien in Brandenburg rückt der Abschied von der Braunkohlen-Verstromung heran. Das ganze Land beginnt sich zu wandeln. In der Energieerzeugung weicht das Dogma der Zentralität den Chancen der Dezentralität. Neben dem Monopolisten Vattenfall trumpfen neue Unternehmen auf; die Stadtwerke kommen wieder ins Spiel. Bisherige Schwächen verwandeln sich in neue Vorteile - Flächen in dünn besiedelten Gebieten sind jetzt gesuchte Ressourcen für Wind- und Sonnenenergie oder für die Produktion von Biomasse. Bürger- und kommunale Genossenschaften sind Garanten dafür, dass die Wertschöpfung durch Energieerzeugung und -Verteilung im Lande bleibt und zur Rückgewinnung kommunalen Handlungs- und Gestaltungspielraumes beiträgt.

Das Land ist mit natürlichen und kulturellen Reichtümern ausgestattet. Die Festigung und Weiterentwicklung des Schutzgebietssystems und der damit verbundene naturnahe Tourismus sollen weiter zu Markenzeichen unseres Landes ausgebaut werden. Damit werden gleichzeitig Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit und Maßnahmen der gesunden Freizeitgestaltung gefördert.

Profitorientiertes Wirtschaften, das nicht vorrangig den Bedürfnissen der Menschen dient, gefährdet die Stabilität des Klimasystems, führt zu einer Verarmung des natürlichen Genpools sowie zu einer fortschreitenden Degradierung und Versiegelung des Bodens und damit zu einer Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Daher stehen Bemühungen zur Energiewende, zur Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie zum Schutz des Bodens auf der Tagesordnung.

Wir vertreten eine Wachstumspolitik, die jegliche destruktiven Anteile wirtschaftlichen Wachstums, wie Rüstungsproduktion, klima- und umweltschädliche Ressourcennutzung und einseitige Gewinnorientierung, vermeidet bzw. ausschließt.

6. {Weitere Momente des Wandels in Brandenburg}

Auf unserem Weg zur sozial-ökologischen Erneuerung unseres Landes treffen wir auf weitere Herausforderungen.

Der gesellschaftliche Wandel vollzieht sich heute maßgeblich geprägt von der „digitalen Revolution“, von der Digitalisierung und Vernetzung fast aller Lebens- und Arbeitsbereiche. Momente der sozialen Interaktion, des Austauschs, des vernetzen Wissens- und Handelns erlangen zunehmende Bedeutung.

Digitalisierung und Vernetzung sind aber auch die technische Basis von Dezentralisierung - von der Energieproduktion über moderne Unternehmensstrukturen und ökonomische Netzwerke über moderne bürgernahe Verwaltungen und die Gestaltung neuer sozialer Beziehungen der Menschen untereinander. Die Gewährleistung des technischen Zugangs zur digitalen Welt für alle und die Beherrschung der damit verbundenen Kulturtechniken gehören deshalb zu den zentralen Zielen LINKER Gesellschaftspolitik - ebenso wie die Wahrung der (Entwicklungs-)Offenheit des Netzes. Wir treiben den Ausbau von schnellem Internet in der Fläche des Landes voran.

Kommunikationsstrukturen der Verwaltung - intern wie mit den Bürgerinnen und Bürgern - müssen und können zu mehr Qualität und Effizienz führen. DIE LINKE sieht darin eine große Chance - gerade in den Zeiten demografischen Wandels, von Abwanderung und Metropolenbildung.

Brandenburgs Zukunft ist weiblich. Unser Land hat in dieser Hinsicht immer noch viel aufzuholen. In enger Abstimmung mit dem Frauenpolitischen Rat haben wir mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2011-2014 der rot-roten Landesregierung wichtige Schritte eingeleitet, um die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Wir wissen, dass auch in Brandenburg die Löhne und Gehälter von Frauen unter den vergleichbaren Bezügen von Männern liegen, obwohl unter den AbiturientInnen und AbsolventInnen junge Frauen überdurchschnittlich vertreten sind. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit aber ist mehr als ein elementares Gebot der Gerechtigkeit, eine gute Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur im ganzen Land eine Selbstverständlichkeit für DIE LINKE - und nicht ein besonderes Geschenk an Frauen.

So bleibt die Aufgabe, ein sozio-kulturelles Umfeld zu schaffen, das Frauen nicht nur eine berufliche und familiäre Perspektive eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Der Zeitraum, der vor uns liegt, bringt einen wichtigen Generationswechsel: Jene Jahrgänge, die jetzt in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft noch dominant sind und ihre Ausbildungs- und Startphase noch in der DDR und der alten Bundesrepublik hatten, gehen in den Ruhestand. Jüngere, die bereits im vereinten Deutschland aufgewachsen sind, übernehmen die Verantwortung. Wir wollen diesen Prozess verantwortungsbewusst gestalten. Deshalb kämpfen wir für eine hohe Wahl-

beteiligung bei den ErstwählerInnen ab 16!

Seit Amtsantritt von Rot-Rot werden in Brandenburg die (partei-)politischen Gegensätze deutlich härter als in früheren Zeiten ausgefochten. Aber auch in der Gesellschaft insgesamt nehmen Konflikte zu und werden schärfer ausgetragen. Infrastrukturprojekte und neue technologische Entwicklungen greifen in die Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen von Menschen ein. Politische Weichenstellungen/Korrekturen der Landespolitik etwa beim Primat für öffentliche Schulen oder der Orientierung auf inklusive Bildung nehmen Menschen vermeintliche Sicherheiten, zielen aber auf mehr Gerechtigkeit und mehr Chancen für alle. Die Stärkung der Kommunalwirtschaft beunruhigt private Unternehmen, die Regelungen zur Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung drohen Kommunen, Haushalten und Unternehmen finanziell erheblich zu belasten.

Rot-Rot hat angesichts dessen begonnen, demokratische Mitentscheidungen und Mitwirken für die Bürgerinnen und Bürger besser zu gestalten. Direkte Demokratie und Dialog vor politischen Entscheidungen werden wir weiter ausbauen und strukturell verankern. Die damit verbundenen Probleme und Herausforderungen werden wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern meistern.

Auch in einer sich wandelnden Welt sehen wir die antifaschistische Arbeit als grundlegend und selbstverständlich an. Den Problemen der Verbreitung rechten, menschenverachtenden Gedankenguts und einer aktiven rechtsradikalen Szene muss wirksam entgegengewirkt werden. DIE.LINKE Brandenburg unterstützt deshalb aktiv antifaschistische Projekte und Aktionen, und fördert konsequent die politische Bildung gegen menschenverachtende Einstellungen .

7. {Aus brandenburgischer Erfahrung: Für einen Politikwechsel im Bund!}

Bei allem geht es um klare und zukunftsorientierte Politik in und aus einem ostdeutschen Bundesland. In unserem Bemühen als Regierungspartei bekommen wir dabei deutlich zu spüren, dass es dafür bundespolitische Grenzen gibt. Es ist unser starkes Interesse, solche Grenzen zu überwinden und an ihre Stelle bundespolitische Voraussetzungen für eine umfassende soziale, ökologische, ökonomische und demokratische Modernisierung unseres Landes zu setzen.

Wir gehen mit einer klaren, aus der Erfahrung der Politik wie des Alltagslebens der Bürgerinnen und Bürger gespeisten Botschaft in die Bundestagswahlen 2013: Brandenburg ist auf einem guten Weg – doch diesen Weg hat der Bund an wichtigen Stellen mit Blockaden und Hindernissen versperrt. Weg damit!

Endlich den Weg frei für

- einen bundesweiten, branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 € / Stunde,
- eine Arbeitsmarktförderung, die nach Tarifmaßstäben bezahlte, SV-pflichtige und überjährige öffentlich geförderte Beschäftigung erlaubt,
- sanktionsfreie Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit
- die unverzügliche Angleichung der Ostrenten an das Westniveau,
- die Einführung einer armutsfesten Mindestrente,
- die Wiederherstellung der alten Rentenformel und die Rücknahme der Beschlüsse zur Rente erst ab 67
- eine Wachstumsinitiative zur Gewinnung Erneuerbarer Energien und für die Bereitstellung der dafür notwendigen Technik (incl. Netzausbau und Speichertechnologien), die zugleich soziale Strompreise ermöglicht,
- eine vernünftige Finanzausstattung von Ländern und Kommunen.

Dreh- und Angelpunkt dabei ist die bisherige Steuersenkungspolitik der vergangenen Bundesregierungen. Zudem hat man sich mit der Föderalismusreform I und II mehr und mehr vom Solidargedanken der Länder untereinander verabschiedet. Notwendig aber ist die Stärkung – und nicht der Wegfall – des Länderfinanzausgleiches. Gerade angesichts der Schuldenbremse werden finanzschwache Länder auf die Hilfe der starken angewiesen sein.

Aus unserer Erfahrung braucht es daher einen bundespolitischen Kurswechsel, der zumindest folgendes beinhalten muss:

- die Verbesserung der Einnahmehasis der öffentlichen Hand,
- die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, z.B. durch eine Entschuldungsinitiative,
- die Neuverteilung der Sozialausgaben zwischen Bund und Kommunen,
- die Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, die Einführung einer Vermögenssteuer und einer Finanztransaktionssteuer sowie die Reform der Erbschaftssteuer.

8. {Wahlziel der LINKEN und Aufstellung zur Wahl}

Wir stehen in den kommenden zwei Jahren vor einem anstrengenden Wahlmarathon. Schon am 13. Januar 2013 wollen wir mit unserem Kandidaten Ronny Kretschmer engagiert um das Neuruppiner Rathaus kämpfen.

Die Landtagswahl am 20. Januar 2013 in Niedersachsen werden wir aktiv unterstützen, da wir den klaren Anspruch einer bundesweit agierenden LINKEN verfolgen und auch weiterhin so wahrgenommen werden wollen.

DIE LINKE ist in der öffentlichen Wahrnehmung und nach eigenem Selbstverständnis die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens. So wird sie auch in die Wahlkämpfe 2013/2014 gehen. Wir streiten nicht um Konstellationen, sondern für unsere eigenen Programmpositionen.

Wir sind uns bewusst, dass wir als LINKE in Brandenburg in den bevorstehenden Bundes- und Europawahlkämpfen eine besondere Verantwortung für die Gesamtpartei tragen. Haben wir doch als einziger regierungsbeteiligter Landesverband unter Beweis zu stellen, dass sozialer Zusammenhalt, wirtschaftliche Leistungskraft und Zukunftsfähigkeit aller Regionen eines Landes gewährleistet werden können. Das sind wichtige Voraussetzungen, um als Landesverband mit einem Stimmenanteil von 25%+X beim bevorstehenden Bundestagswahlkampf eine stabile Säule der Bundespartei zu bleiben. Deshalb führen wir gemeinsam in Brandenburg einen engagierten Wahlkampf, in dem wir deutlich machen, dass DIE LINKE für die sozialen Lebensinteressen und eine umfassende Demokratisierung steht. Wir kämpfen für unsere eigenen Positionen und die Kandidat_innen unserer Partei. Wir wollen jede Stimme. DIE LINKE unterbreitet allen Bürgern, nicht anderen Parteien, ein klares politisches Angebot. Ziel ist es, möglichst viele zu gewinnen, die ihr Kreuz bei der LINKEN machen. Wir wollen an unser sehr gutes Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009 anknüpfen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und friedlicher das Land. Je stärker DIE LINKE, desto eher wird eine Politik gegen die sozialen und demokratischen Interessen der Mehrheit verhindert. Nur so wird es nach der Wahl die Option eines Politikwechsels geben.

Der Landesverband wird für die bevorstehenden Wahlen KandidatInnen nominieren, die sowohl für die Politik der LINKEN in der Öffentlichkeit einstehen, als auch in der Partei durch ihre politische Arbeit und ihr Wirken verwurzelt sind. Bei der Aufstellung unserer Landesliste für den Bundestag am 02. März 2013 orientieren wir darauf, vorrangig jene Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren, die zuvor das Vertrauen der Parteimitglieder in den Wahlkreisen erhalten haben.

Landesvorstand und Landesausschuss werden gebeten, der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste aus den Wahlkreisvorschlägen heraus einen Vorschlag zu unterbreiten, mit welchen Kandidatinnen und Kandidaten die ersten Listenplätze besetzt werden sollen.

Im Landkreis Märkisch-Oderland und voraussichtlich im Landkreis Teltow-Fläming finden jeweils Direktwahlen des Landrates statt. Wir stehen vor der Herausforderung, diese Wahlkämpfe gemeinsam zu bestreiten.

Erreichen wir zu den Bundestagswahlen 2013 ein Ergebnis von über 25 %, ist dies eine gute Grundlage, um bei der Landtagswahl an die Wahlerfolge des Jahres 2009 anzuknüpfen. Das wäre nach dann fünf Jahren Regierungstätigkeit ein ehrgeiziges und mit noch viel Arbeit verbundenes, aber angesichts der bisherigen Bilanz im Land und der begonnenen Stabilisierung der LINKEN insgesamt realistisches Ziel.

Seit dem Göttinger Bundesparteitag sind die Chancen größer geworden, dass unsere Partei in Bund und Land den Herausforderungen gewachsen sein wird. DIE LINKE ist eine plurale demokratische Partei. Dies bedeutet für uns, einen sachlichen Meinungsstreit mit- und nicht übereinander zu führen. Der neue Stil des Zuhörens und das abgestimmte Agieren der neuen Parteiführung findet im Landesverband breite Zustimmung. DIE LINKE. Brandenburg wird sich auch künftig nicht an polarisierenden Auseinandersetzungen beteiligen, sondern den eingeschlagenen Weg der neuen Parteiführung unterstützen.

Von der Kommune bis zum Europäischen Parlament streitet DIE LINKE für Frieden soziale Gerechtigkeit und demokratischen Sozialismus. Sie kämpft um Zurückdrängung der neoliberalen Praxis im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Es geht um eine Transformation zu einem sozial und ökologisch erneuerten Europa in globaler Verantwortung.

Ein anderes, besseres Europa ist machbar – gemeinsam die Wahlkämpfe 2013/14 in Brandenburg vorbereiten!

Die Vorbereitung des Wahlzyklus 2013/14 wird eine deutlich stärkere europapolitische Komponente haben als vorhergehende Wahlkämpfe – dem muss der Landesverband Rechnung tragen. Dabei geht es um mehr als nur darum, zum dritten Mal in Folge Sieger einer Europawahl in Brandenburg zu werden und erneut mit Brandenburger Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten zu sein.

Die Landtagsfraktion hat mit den europapolitischen Aussagen in ihrem Entwurf für ein Leitbild 2020 plus wichtige Ansatzpunkte für die im Vorfeld der anstehenden Wahlkämpfe zu führende europapolitische Debatte formuliert. DIE LINKE Brandenburg sollte auf dieser Grundlage und als Beitrag zur Leitbild-Debatte europapolitische Leitlinien erarbeiten, die auf einer europapolitischen Konferenz im Rahmen der Europawoche 2013 öffentlich diskutiert werden und – nach einer parteiweiten Verständigung – zusammen mit dem Leitbild auf einem Landesparteitag rechtzeitig vor der Europawahl beschlossen werden. Die Europapolitischen Leitlinien sollten vor allem Antworten auf folgende Fragen geben:

- Welche konkreten Schritte will DIE LINKE auf dem Weg hin zu einem Sozialen Europa gehen? Wie kann dieser Prozess landespolitisch begleitet werden?
- Wie können europäische Entscheidungsprozesse demokratischer gestaltet und für die Bürgerinnen und Bürger transparenter gemacht werden? Welche Möglichkeiten gibt es, um europapolitische Ansätze der LINKEN Brandenburg besser an die Bürgerinnen und Bürger heranzutragen?
- Wie steht DIE LINKE zur Erweiterung der Europäischen Union und welche Voraussetzungen müssen für künftige Erweiterungen geschaffen werden?
- Wie kann die Zusammenarbeit mit Partnern in unserem Nachbarland Polen und in anderen europäischen Staaten intensiviert werden? Wie können regionale grenzüberschreitende Kooperationen befördert werden, die vor allem auf sozial-ökologisch nachhaltige Lösungen gerichtet sind?

Im Zentrum soll es darum gehen, wie die Europapolitik der LINKEN auf europäischer, nationaler und Landesebene dazu beiträgt, die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs zu sichern.

Der Landesparteitag fordert alle Kreis-, Regional- und Ortsverbände, Basisorganisationen und Zusammenschlüsse auf, im Jahr 2013 öffentlich über die europapolitischen Herausforderungen und die notwendigen Schritte für einen Politikwechsel auf europäischer und nationaler Ebene sowie über die Europapolitik in Brandenburg zu diskutieren und diese Ansätze umfassend in die Wahlkämpfe einzubringen.

Der Landesverband wird sich in Vorbereitung auf die Bundestags-, Europa-, Kommunal- und Landtagswahl hinsichtlich der europapolitischen Aufgabenstellungen vor allem als Ansprechpartner für nachvollziehbare Lösungen – und nicht nur für Forderungen – profilieren. Mit überzeugenden, konkreten Projekten, die dem Zusammenhalt der Europäischen Union und den Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Mit Projekten, die Menschen wieder Mut machen, sich politisch einzubringen. Egal ob sie in Griechenland, Portugal, Polen oder eben in Deutschland leben!

Für ein linkes und sozial gerechtes Hochschulgesetz in Brandenburg

Der Landesparteitag der LINKEN Brandenburg beschließt folgende Positionen zur Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG):

Die Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes ist für DIE LINKE ein Thema von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung der Wissenschaftslandschaft Brandenburgs. Aus diesem Grund ist es unser Anspruch, dass sich folgende Themen im neuen Hochschulgesetz wiederfinden. Um unsere Forderungen zu konkretisieren, gehört zu diesem Antrag die Beschlussanlage mit Vorschlägen für eine rechtliche Umsetzung.

1. Abschaffung von Immatrikulations- und Rückmeldegebühren

Studiengebühren sind in jeglicher Form unnötige soziale Selektionsmechanismen bei der Aufnahme und während eines Hochschulstudiums. Bisher verbietet das BbgHG nur Studiengebühren für den ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss, was in der Regel der Bachelor ist. Daher fordern wir eine verbindliche Regelung für alle Studiengänge, sowie eine allgemeine Studiengebührenfreiheit. Außerdem lehnen wir auch Immatrikulations- und Rückmeldegebühren entschieden ab und fordern deshalb, die Abschaffung dieser in der Neuregelung des BbgHG festzuschreiben.

2. Die Verwirklichung eines Rechtsanspruches auf einen Masterplatz für jede_n Bachelorabsolvent_in.

Durch die kleine Novelle des BbgHG von Rot-Rot im Jahr 2010 wurden die Zugangshürden zum Masterstudium für Bachelorsabsolvent_innen bereits verringert. Waren die Hochschulen zuvor verpflichtet, Zugangsvoraussetzungen festzulegen, dürfen sie dies nun nur noch, wenn fachliche Voraussetzungen zwingend notwendig sind. Während auf diesem Wege Noten, als Zugangskriterien faktisch abgeschafft wurden, kippte das Oberverwaltungsgericht 2011 zudem weitere Hürden. DIE LINKE hat sich immer für einen freien Zugang zum Master eingesetzt und erwartet nun daher von der Neuregelung des BbgHG, dass diese eindeutig klärt, dass die einzige Voraussetzung für den Zugang zum Masterstudium der Abschluss eines berufsqualifizierenden Hochschulstudiums ist und die Möglichkeit für weitere Hürden, die von den jeweiligen Hochschulen bestimmt werden, gestrichen wird.

3. Viertelparitätische Mitbestimmung in allen Hochschulgremien und Demokratisierung der Hochschulen

Nach den Schulen sollten auch die Hochschulen Orte sein, an denen junge Menschen Demokratie lernen und erleben. Aber vor allem seit der letzten BbgHG-Änderung von SPD und CDU hat es bei unserem Ziel von der Ausweitung demokratischer und transparenter Strukturen erhebliche Rückschritte gegeben. Wir erwarten daher einerseits eine stärkere Beteiligung des Landtages an hochschulpolitischen Entscheidungen (z.B. Abstimmung über Zielvereinbarungen, Mitbestimmung bei Besetzung Landeshochschulrat) und fordern andererseits mehr Demokratie in den Gremien

der Hochschulen.

Obwohl durch das Bundesverfassungsgericht in den Bereichen, die unmittelbar Lehre und Forschung betreffen, eine Mehrheit der Professor_innen festgeschrieben ist, fordern wir für die darüber hinaus gehenden Bereiche eine viertelparitätische Zusammensetzung der Hochschulgremien. In allen Bereichen, die nicht unmittelbar mit Lehre und Forschung zu tun haben, könnten dann alle vier Statusgruppen der Hochschule gleichberechtigt mitbestimmen.

Außerdem fordern wir, dass möglichst viele Aufgaben, die bei der Leitung einer Hochschule oder eines Fachbereiches anfallen, von den Mitbestimmungsgremien entschieden werden, in denen alle Statusgruppen vertreten sind. Vor allem zählt dazu das Haushaltsrecht. Gleichzeitig wollen wir, dass die starke Machtposition des/der Präsident_in reduziert wird.

4. Die Abschaffung der Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung von so genannten Regelstudienzeiten

Die Möglichkeit der Zwangsexmatrikulation, wie sie im derzeitigen Hochschulgesetz Brandenburgs festgeschrieben ist, wird dem Anspruch linker Hochschulbildung nicht gerecht. Zwangsexmatrikulationen richten sich gegen die Mehrheit der Studierenden, die ihren Lebensunterhalt neben dem Studium verdienen muss und/oder sich in schwierigen Lebenslagen befindet. DIE LINKE Brandenburg lehnt die Zwangsexmatrikulation bei der Überschreitung der so genannten Regelstudienzeit ab und fordert deshalb die Streichung der entsprechenden Regelung im BbgHG. Diese Streichung würde darüber hinaus Rechtssicherheit für Studierende in Magister- und Diplomstudiengängen schaffen, welchen mit Verweis auf die Zwangsexmatrikulationsregelung der Anspruch auf das Ablegen ihrer Abschlussprüfungen durch die Hochschulen abgesprochen wird.

5. Stärkung der Studierendenschaften

DIE LINKE Brandenburg fordert, dass Studierendenschaften im Rahmen gesetzlicher Regelungen die Möglichkeit haben müssen, sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen, sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und Natur zu befassen. Daher streben wir für die Novelle des BbgHG eine Ergänzung der Aufgaben der Studierendenschaften um eine entsprechende Formulierung, ähnlich wie im Berliner Hochschulgesetz, an.

Gleichzeitig ist es unser Ziel, die landesweite Vertretung der Studierendenschaften mit sowohl finanziellen Ressourcen, als auch personellen Mitteln zu stärken.

6. Einführung eines Teilzeitstudiums in Gestalt von Teilzeitsemestern

DIE LINKE Brandenburg begrüßt die 2010 beschlossenen ersten Schritte zur Einführung eines Studiums in Teilzeitsemestern. Demnach können einzelne Studiengänge in Teilzeit errichtet und in jedem Studiengang semesterweise in Teilzeit studiert werden. Leider nutzen die Hochschulen diese Möglichkeit noch viel zu wenig. Darum rufen wir einerseits die Hochschulen dazu auf, mehr für das Teilzeitstudium zu werben und andererseits mehr Studiengänge in Teilzeit einzurichten. Die Landesregierung muss die Errichtung von Teilzeit-Studiengänge u.a. finanziell stärker unterstützen. Gleichzeitig fordern wir im BbgHG eine Klarstellung, dass Hochschulen Regelungen zu erlassen haben, in denen sie die Voraussetzungen zur Aufnahme eines Studiums in Teilzeit festlegen müssen.

7. Zivilklausel

Wir als Partei DIE LINKE sehen uns der friedlichen Konfliktlösung verpflichtet und fordern deshalb die Beendigung der Einflussnahme von Rüstungsunternehmen auf Lehre und Forschung. Aus diesem Grund soll im BbgHG eine Friedensklausel eingeführt werden, die eindeutig jegliche Lehre und Forschung für militärische Zwecke untersagt und die Hochschulen auf Lehre und Forschung für ausschließlich friedliche Zwecke festlegt.

8. Überwindung prekärer Beschäftigungsverhältnisse an den Universitäten

In Zeiten chronischer Unterfinanzierung der Hochschulen, in denen Professor_innen anhand der Einwerbung von Drittmitteln für ihre Forschungsprojekte bewertet werden, versuchen die Hochschulen die Notwendigkeit der Abdeckung der Lehre durch kostengünstige Lehrbeauftragte zu sichern. Hierdurch entstehen prekäre, tariflich nicht abgedeckte Beschäftigungsverhältnisse, vor allem für den akademischen Nachwuchs. Dies stellt längst keine Ausnahme, sondern die Regel dar. DIE LINKE lehnt diese bedenkliche Zunahme von prekärer Beschäftigung ab. Wir schließen uns daher den Forderungen des Templiner Manifestes der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft an.

Gleichzeitig fordern wir im BbgHG konkrete Änderungen, die prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen. So muss es eine stärkere Kontrolle darüber geben, dass Lehraufträge wirklich nur zusätzlich zum sonstigen Lehrangebot ausgereicht werden. Zusätzlich muss ein Lehrauftrag angemessen vergütet werden, vor allem wenn dieser im Rahmen wissenschaftlicher Qualifizierung genutzt wird. Auch sollte es keine Begrenzung der Dauer von Lehraufträgen nach oben, sondern eine Mindestdauer von 2 Semestern geben.

Wir sehen dies als erste Etappe auf dem Weg hin zu tariflich abgesicherten sozialversicherungspflichtigen wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen. Auf der Ebene von Tarifvereinbarungen ist es notwendig, die Forderung des Koalitionsvertrages zur Einführung eines Tarifvertrages für studentische Beschäftigte in den TV-L entschieden voran zu treiben. Im Falle eines erneuten Scheiterns fordern wir, eine landeseigene Regelung in Brandenburg. Darüber hinaus fordern wir für studentisch Beschäftigte die Einführung einer eigenen Personalvertretung.

Ebenso entschieden wenden wir uns gegen die unter SPD und CDU beschlossene Zwei-Klassen-Gesellschaft im Bereich der Professor_innen. Die Lehrjunior- und die Lehrprofessur, die deutlich mehr Lehrverpflichtung als „normale“ Uni-Professuren verlangen, bedrohen nicht nur die Einheit von Lehre und Forschung, sie führen auch zu Sackgassen in der wissenschaftlichen Karriere. Wir lehnen sie daher ab und fordern deren ersatzlose Streichung aus dem BbgHG.

9. Anerkennungsprüfungen

Das von der Koalition formulierte Ziel, der Erhöhung der Durchlässigkeit, muss sich in der Novelle des BbgHG niederschlagen. Erste Maßnahmen, wie etwa die Verbesserung der Anerkennung von Leistungen werden von den Hochschulen nicht ausreichend umgesetzt. DIE LINKE Brandenburg hält es für notwendig, dass Betroffene einen rechtlich verbindlichen Anspruch auf Prüfung ihrer Leistungen haben.

10. Studentenwerke

Die mangelnde Ausfinanzierung der Studentenwerke ist ein bestehendes Problem, welches wir bereits in unserem Wahlprogramm erkannt haben, bisher jedoch nicht korrigieren konnten. Die sozialen Dienstleistungen der Studentenwerke sind insbesondere für sozial benachteiligte Studierende eine unverzichtbare Basis für ihr Studium. Daher erwarten wir von der Landesregierung eine

bessere finanzielle Ausstattung für die Studentenwerke. Wir kritisieren in diesem Zusammenhang ausdrücklich den mit der Verwaltungsmodernisierung diskutierten Vorschlag, die beiden Studentenwerke in Brandenburg zu fusionieren.

11. Mehr Gleichberechtigung

Obwohl Brandenburg sich bei der Gleichberechtigung von Frauen im wissenschaftlichen Bereich auf einem guten Weg befindet, sehen wir als LINKE hier noch erheblichen Verbesserungsbedarf. Zum einen erwarten wir von den Hochschulen vor allem auf den Stufen der wissenschaftlichen Karriere nach dem Abschluss einen höheren Frauenanteil. Hierfür muss auch das Umfeld der Hochschulen im Sinne der Familienfreundlichkeit gestaltet sein.

Zum anderen fordern wir eine Festlegung im BbgHG zur verbindlichen Quotenregelung in allen Hochschulgremien. Dies gilt vor allem für Berufungskommissionen. Darüber hinaus erachten wir eine Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen u.a. hinsichtlich ihrer Freistellung zur Erfüllung ihrer Aufgaben und der verpflichtenden Einführung hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragten ab einer bestimmten Größe der Hochschulen, für dringend notwendig.

Beschlussanlage zu dem Antrag „Für ein linkes und sozial gerechtes Hochschulgesetz in Brandenburg“

Zur Umsetzung der des von uns gestellten Antrags an die 2. Tagung des 3. Landesparteitages am 1./2. Dezember 2012 schlagen die Einreicher_innen folgende konkrete Formulierungen zur Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes vor:

Abschaffung von Immatrikulations- und Rückmeldegebühren

- Streichung des §13 Absatz 2 und aller daraus resultierenden Formulierungen
- Ersetzung des § 5 Absatz 4 Satz 3 durch den Satz „Studiengebühren werden nicht erhoben

Die Verwirklichung eines Rechtsanspruches auf einen Masterplatz für jede_n Bachelorabsolvent_in.

- ersatzlose Streichung des 2. Satzes im §8 Absatz 6 des BbgHG.

Viertelparitätische Mitbestimmung in allen Hochschulgremien und Demokratisierung der Hochschulen

- Ergänzung des Wortes „unmittelbar“ in § 59 Absatz 1, Satz 5 („die unmittelbar die Lehre mit Ausnahme der Bewertung der Lehre betreffen“)
- Ergänzung des § 59 Absatz 1 durch folgenden Satz: „In allen sonstigen Angelegenheiten verfügen alle Mitgliedergruppen über ein Viertel der Stimmen.“
- Ergänzung des § 62 und § 70 um folgenden Satz: "Diese Aufgaben können nur von nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Gremien gemäß § 59 und § 60 übernommen werden.“

Die Abschaffung der Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung von so genannten Regelstudienzeiten

- ersatzlose Streichung des § 20 Absatz 2, Satz 1 zweite Alternative („die Prüfung nicht innerhalb einer in der Prüfungsordnung zu bestimmenden Frist erfolgreich abgelegt“) sowie Satz

Rechtssicherheit der Studierendenschaften stärken

- Übernahme der Regelungen des BerlHG §18 Abs. 2 ins Brandenburgische Hochschulgesetz.

Zivilklausel

- Ergänzung des § 3, Absatz 2 um mindestens folgenden Satz: „Die Hochschulen verpflichten sich einer zivilen Gesellschaftsentwicklung. Daher dürfen Lehre und Forschung nur zivilen Zwecken dienen.“
- Alternative: "Die Hochschulen verpflichten sich einer zivilen Gesellschaftsentwicklung. Die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel dürfen ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die zivilen Zwecken dienen. Mittel von rüstungsindustrienahen Geldgebern werden abgelehnt, ebenso die Kooperation in Lehre und Forschung mit Einrichtungen der Verteidigung oder der Rüstungsindustrie."

Überwindung prekärer Beschäftigungsverhältnisse an den Universitäten

- Ersetzung des § 56 Absatz 4 Satz 1 des BbgHG durch folgende Formulierung: "Der Lehrauftrag ist angemessen zu vergüten, sofern die Lehrbeauftragten diese Position zu ihrer weiteren wissenschaftlichen Qualifizierung wahrnehmen. Von einer Vergütung kann außerhalb des Geltungsbereiches von Satz 1 abgesehen werden, wenn Lehrbeauftragte auf eine Vergütung schriftlich verzichten oder die durch den Lehrauftrag entstehende Belastung bei der Bemessung der Dienstaufgaben eines hauptberuflich im öffentlichen Dienst Tätigen entsprechend berücksichtigt wird".
- Ersetzung des zweiten Satz des 3. Absatzes § 56 die Erteilung von Lehraufträgen von "längstens zwei Semestern" durch "mindestens zwei Semestern."

Anerkennungsprüfungen

- Ergänzung des §22 Absatz 4 um den Satz 3: "Wird ein Anerkennungsantrag abschlägig beschieden, können Studienbewerber zur endgültigen Feststellung ihrer Qualifikationen einen Antrag gemäß Absatz 1 bzgl. der in Frage stehenden Module stellen." sowie die entsprechende Anpassung des bisherigen Satzes 3 als neuer Satz 4 zu: "Bei einem Studiengangwechsel gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend."

Wir verändern: gerecht, solidarisch und mit Verantwortung für die Zukunft

Der durch die Landtagsfraktion der LINKEN Brandenburg erarbeitete Leitbildentwurf „Brandenburg 2020plus“ richtet sich an alle, die Brandenburg in seiner Entwicklung begleiten und mitgestalten wollen. Der Landesparteitag dankt der Landtagsfraktion für die Vorlage dieses Angebots, das wir als LINKE Brandenburg intensiv in der Partei und mit gesellschaftlichen Akteuren diskutieren werden. Wir wollen ins Gespräch kommen mit den Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die sich bereits in zahlreichen Verbänden und Vereinen, in Gewerkschaften Religionsgemeinschaften und Umweltgruppen für ein soziales, demokratisches, ökologisches und wirtschaftlich starkes Brandenburg einsetzen und ihrerseits Vorstellungen und Konzepte dafür entwickeln.

Diesem Ziel muss die Organisation der Debatte folgen. Wir wollen eine lebendige Debatte, in den Kreisverbänden und im Land, die neben vielfältigen Veranstaltungsformaten auch die modernen Kommunikationswege nutzt.

Als PartnerInnen betrachtet DIE LINKE Brandenburg in diesem Prozess die Landtagsfraktion, die Ministerin und die Minister, den Jugendverband, die Landesarbeits- und Interessengemeinschaften der Partei und die zahlreichen kommunalen Fraktionen der Partei. Inhaltlich kooperieren wir auch mit dem kommunalpolitischen forum brandenburg und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg. Wir setzen auf ihr engagiertes Mittun, um über diese Strukturen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände, Gewerkschaften und auch Bürgerinitiativen zu erreichen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Debatte werden durch den Entwurf des Leitbildes bestimmt:

Die Welt im Wandel. Alte Probleme – neue Herausforderungen

Die Welt, in der sich Brandenburg zurechtfinden muss

Auf der Suche nach Alternativen

Unsere Grundwerte: Gerechtigkeit, Solidarität, Verantwortung für die Zukunft

Der Markt muss dem Gemeinwohl dienen

Europäische Einigung am Scheideweg: Für ein demokratisches und zukunftsfähiges Europa

Innovative Wirtschaft – erfülltes Arbeitsleben – gerechte Verteilung

Wirtschaftlicher Strukturwandel: Zukunftsfähigkeit durch Innovation

Energiewende - Tiefgreifender Strukturwandel in Richtung Nachhaltigkeit

Nachhaltige Landwirtschaft voranbringen

Qualifizierte Arbeit für ein Leben in Würde

Bildung hat Vorfahrt im Kulturland Brandenburg

Bildung ist die Quelle aller Nachhaltigkeit

Globales Lernen

Produktivkraft Wissenschaft

Kulturland Brandenburg

Armut überwinden - Wege zur Teilhabe öffnen

Armut ist ein gesellschaftlicher Skandal

Perspektiven für junge Menschen
Generationswechsel aktiv und offen gestalten
Die Älteren und die Alten
Die Zukunft ist weiblich

Lebensgrundlagen bewahren

Ressourcen schonen, sozial-ökologische Energiewende schaffen
Hochwertige Infrastruktur überall und für jeden
Handlungsschwerpunkt Gesundheit
Ökologisch verträgliche und sozial verantwortliche Mobilität
Landschaft pflegen – Vorrang für naturnahen Tourismus
Gesunde Produkte – Faire Dienstleistungen – Mündige Verbraucher

Für ein zukunftsfähiges Brandenburg

Gleichwertige Lebensverhältnisse in regionaler Vielfalt
Starke Städte
Vitale ländliche Gemeinden
Kommunalverwaltung: demokratisch, bürgernah, effizient
Regionale Vernetzung und interkommunale Kooperation vorantreiben
Gesamtkonzept für Berlin und Brandenburg auf Augenhöhe
Brandenburg gemeinsam mit den polnischen Nachbarn entwickeln

Ein zukunftsfähiges Brandenburg braucht mehr Demokratie!

Aktuelle Herausforderungen für demokratisches Handeln
Demokratie plus - Für eine neue märkische politische Kultur
Demokratie lebt vom bürgerschaftlichen Engagement
Demokratische Teilhabe ist verantwortliche Teilhabe
Der demokratische Rechtsstaat ist ein sozialer Rechtsstaat

Nachhaltige Haushaltspolitik: Gebot sozialer Verantwortung

Den Wandel sozial gestalten
Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß
Öffentliche Haushalte auskömmlich finanzieren

Für diese Phase der Leitbilddebatte haben wir nur wenig Zeit. In diesem Prozess müssen wir beachten, dass er im Wahljahr 2013 stattfindet, so dass es gelingen muss, möglichst viele – ohnehin stattfindende – Veranstaltungen in den Diskussionsprozess zu integrieren.

Wir wollen sie deshalb umso intensiver führen. Vorgegangen sind bereits mehrere Leitbildkonferenzen zur Mobilisierung und Bekanntmachung der inhaltlichen Schwerpunkte in den eigenen Reihen.

Bereits im Januar werden wir das Onlinediskussionsforum auf www.brandenburg-2020.de starten, in dem alle Interessierten ihre Positionen zu den Schwerpunktthemen äußern und darüber debattieren können.

Im Januar/Februar soll zudem die Vorstellung und Diskussion des Leitbildentwurfs vor Ort in den Kreisverbänden beginnen. Die Kreisverbände werden gebeten, hierzu Veranstaltungen zu organisieren.

Am 3. März 2013 wollen wir viele Fragen zur Zukunft der Kommunen in Brandenburg auf einer zentralen Konferenz beraten. Hierbei geht es uns mehr als nur um Strukturfragen.

Die Regionalkonferenzen des Landesvorstands im März/April werden wir ebenso für die Diskussion der Schwerpunktthemen der Leitbilddebatte nutzen wie fachpolitische Kolloquien, Gesprächsrunden, Fachgespräche und eine Jugendkonferenz, die im Zeitraum von Februar bis Juni 2013 stattfinden sollen.

Alle Genossinnen und Genossen, Kreisverbände und Zusammenschlüsse sind aufgefordert, bis Ende Juli 2013 ihre Diskussionsbeiträge an den Landesvorstand zu übermitteln. Im August erfolgt die Überarbeitung des Leitbildentwurfs anhand der eingegangenen Beiträge. Anfang September wird der überarbeitete Entwurf veröffentlicht und im Oktober 2013 soll auf einem Landesparteitag das Leitbild der LINKEN „Brandenburg 2020 plus“ verabschiedet werden. Dieses Leitbild wird die Grundlage für die Erarbeitung unseres Wahlprogramms zu den Landtagswahlen im Herbst 2014 sein.

In der vor uns liegenden Diskussion zum Leitbild „Brandenburg 2020 plus“ wird das Thema

„Recht auf Wohnen - ein soziales Grundbedürfnis“

mit dem Ziel seiner inhaltlichen Berücksichtigung im Leitbild als ein Schwerpunkt aufgenommen. Mit unseren politischen Forderungen

- Die Wohnung als privateste räumliche Schutzfunktion des Menschen sichern
- Das Wohnen als öffentliche Daseinsaufgabe entwickeln
- Die kommunale Wohnungs- und Liegenschaftspolitik auf deren Erhalt ausrichten
- Ein bezahlbares Wohnen sichern
- Die Wohnraumförderung als Landesaufgabe aktivieren
- Die bezahlbare Wohnung den freien Marktmechanismen entziehen
- Interessenausgleich zwischen Mieter und Vermieter sichern
- Für das Wohnen als soziales Grundrecht kämpfen
- Die energetische Sanierung von Gebäuden, somit auch Wohnbauten, ist als nachhaltige Aufgabe gesamtgesellschaftlich zu gestalten.
- Bezahlbares Wohnen - Grundlage sozial gemischter Quartiersstrukturen in den Kommunen

nimmt der Landesverband DIE LINKE. Brandenburg an einer der wichtigsten sozialpolitischen Debatten in Deutschland aktiv teil. Auch in Brandenburg ist bezahlbarer Wohnraum eine grundlegende soziale Herausforderung geworden. Dem soll das Leitbild und seine Debatte gebührend Rechnung tragen.

Rede von Christian Görke

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Landtag

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Helmut Schmidt sagte einst: „Wer Visionen hat, der muss zum Augenarzt.“ Ich hingegen sage euch: Wer Visionen hat, der muss in die Politik, am besten zur LINKEN. Wir wollen eine Vision eines solidarischen Brandenburgs der Regionen. Eine handlungsleitende Idee. Diese erarbeiten wir aber nicht nur für uns, sondern für die Menschen in Brandenburg, vor allem wollen wir diese mit ihnen im Dialog entwickeln.

Mehr als die Hälfte der Legislatur von Rot-Rot liegt hinter uns. Vor uns liegen zwei lange Jahre und große Prüfungen 2013 und dann im Jahr 2014.

Dann erfahren wir, was den Wählerinnen und Wählern unsere Arbeit wert war.

Gleichzeitig müssen wir Politik auch über den Tag und den Wahlzyklus hinaus planen, und genau dafür brauchen wir ein Leitbild.

Ich will euch klar sagen: Ich sehe dem mit Zuversicht, aber auch in dem Wissen entgegen, dass noch sehr viel getan werden muss.

Welche Gründe haben wir für Zuversicht?

Erstens haben wir in den ersten drei Regierungsjahren eine Menge erreicht. Und wir haben noch einiges, was wir erreichen wollen.

Zweitens ist dabei nicht immer alles glatt gegangen, manchmal hat es in der Kiste auch ganz schön gerappelt. Aber wir haben es dann immer wieder geschafft, uns ordentlich aufzustellen und auch wieder zueinander zu finden.

Und drittens: Wir treten nicht mit Stückwerk vor die Bürgerinnen und Bürger, nicht mit funkelnden Teilchen, die wir vorne vorzeigen, und mit hässlichen Bruchstücken hinten, die wir angstvoll verbergen.

Nein, wir bieten eine durchaus vorzeigbare Politik aus einem Guss, eine Politik mit Perspektive, mit dem Blick nach vorn! Denn wir wollen Brandenburg weiter gestalten.

Und damit zeigen wir, das ist das Vierte: Es macht Sinn, sich mit den LINKEN einzulassen - nicht nur einmal alle paar Jahre als Wählerin oder Wähler, sondern auch in den Diskussionsprozessen, die zu neuen politischen Zielen führen sollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir übergeben euch heute offiziell unseren Entwurf des neuen Leitbildes für Brandenburg für die Jahre bis 2020 und danach.

Er steht am Anfang eines längeren öffentlichen Diskussionsprozesses - und am Ende wird der Text an vielen Stellen anders aussehen als heute. Das gilt mit ziemlicher Sicherheit auch für die Seiten 6 und 7. Hier geht es um das, was wir als Regierungspartei in Brandenburg erreicht haben. Und da wird mit Sicherheit in den kommenden zwei Jahren noch einiges hinzukommen.

Aber das, was jetzt schon drin steht, das hat bereits politisches Gewicht!

Diese Feststellung soll uns nicht den kritischen Blick versperren.

Aber der kritische Blick setzt auch eines voraus: Sich genau anzusehen, was man kritisiert.

Das zielt auf Wolfgang Neskovic. Lieber Wolfgang - die eigenen Befürchtungen über die Ressortverteilung am Anfang der Legislaturperiode jetzt einfach in Tatsachenbehauptungen zu wenden

und sich dann dafür die Bilanz zurechtzubasteln, um damit ausgerechnet in der Zeitung Punkte zu machen, die sich zum Flaggschiff des Kampfes gegen Rot-Rot gemacht hat - das ist kein akzeptabler Weg der Auseinandersetzung.

Wolfgang Neskovic war ja nicht der einzige, der anfangs große Bedenken gegenüber unserem Weg in die rot-rote Koalition hatte. Ihr erinnert euch, dass nicht nur Wolfgang, sondern auch die Spitzen unserer Partei im Bund anfangs wenig positiv über den Koalitionsvertrag sprachen. Ihr erinnert euch aber auch, dass zum Beispiel Klaus Ernst beim Parteitag im März 2011 zu unserer praktischen Regierungstätigkeit eine ganz andere Position bezog. Auch Gesine Löttsch äußerte sich eher positiv - im Februar in Blossin. Ein halbes Jahr später besuchte uns Bernd Riexinger zur Fraktionsklausur und sagte danach vor der Presse: „Ja - hier stimmen die Bedingungen.“ Mit Bernd, mit Katja Kipping, auch mit Gregor Gysi stimmen wir überein, dass die Ergebnisse unserer Arbeit in der brandenburgischen Koalition ein gutes Argument für DIE LINKE in den Wahlkämpfen des kommenden Jahres sein werden!

Wer sich im Detail einen Eindruck verschaffen will - die Bilanz für 2012 ist fertig und liegt heute auf euren Tischen..

Spätestens seit Mitte des letzten Jahrzehnts sind wir in Brandenburg zwei Leitmotiven gefolgt: Der Idee vom Brandenburg der Regionen und der Idee vom solidarischen Brandenburg.

Seit wir in der Regierung sind, haben diese Ideen Brandenburg tatsächlich geprägt. Sie haben das Land verändert, verbessert, lebenswerter gemacht.

Sicher, wir konnten keine Wunder vollbringen.

Die Kommunen klagen auch hierzulande zu recht über finanzielle Not. Aber kein Bundesland tut soviel für seine Kommunen wie Brandenburg. Rot-Rot löst seine Probleme nicht - wie andere Bundesländer- auf Kosten der Kommunen. Und das werden wir auch in Zukunft nicht tun.

Wir haben die kommunale Daseinsvorsorge und die kommunale Wirtschaftskraft gestärkt. Gegen den Widerstand von Unternehmerverbänden haben wir die wirtschaftliche Betätigung und Wettbewerbsfähigkeit von Kommunalunternehmen ausgebaut.

Wir haben die Zahlungen des Landes an die Kommunen und Landkreise mit diesem Doppelhaushalt noch einmal erhöht, auf insgesamt 1,45 Milliarden Euro pro Jahr! Eine Summe, die im Schatten der Krise erreicht wurde, die sogar den Rekordwert aus dem Jahr 2008 übersteigt.

Wir sorgen für einen solidarischen Ausgleich zwischen den Kommunen! Und wir haben einen Demographiefaktor für die Kommunen eingeführt, die unter dem demographischen Wandel besonders zu leiden haben. Wir konzipieren gerade einen Ausgleichsfaktor für die steigenden Soziallasten in den Landkreisen.

Denn wir wollen lebenswerte und solide ausfinanzierte Kommunen auch im Brandenburg des Jahres 2020.

Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, Mindestlöhne bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in unserem Land durchgesetzt!

Wir haben dafür gesorgt, dass die Höhe dieser Mindestlöhne immer wieder neuen Gegebenheiten und höheren Preisen angepasst wird.

Ich sage klipp und klar: 8,50 Euro sind der nächste notwendige Schritt. Und die zehn Euro müssen in Sichtweite sein! Denn in dem Brandenburg, das wir anstreben, muss jeder von seiner Arbeit leben können! Unser Brandenburg 2020 soll armutsfest und von guter Arbeit geprägt sein!

Liebe Genossinnen und Genossen, so ist es, das solidarische Brandenburg. Es ist auch ein kämpferisches Brandenburg! Es gibt sich nicht zufrieden. Es sucht nach Mehrheiten.

Das Schüler-Bafög gibt es, weil wir in der Regierung sind! Denn wir wollen, dass Chancengleichheit in der Bildung 2020 eine Selbstverständlichkeit ist.

Den ÖBS gibt es nicht so richtig, weil LINKE, SPD und Grüne im Bund zu schwach und zu uneinig sind. Trotzdem haben wir 2000 Langzeitarbeitslose über das Programm „Arbeit für Brandenburg“ in gemeinwohlorientierte Beschäftigung gebracht. Und das, trotz der Blutgrätsche in Form der

Kürzung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktförderung durch Schwarz/Gelb.

Und wir kämpfen weiter. Wir haben die brandenburgischen Sozialdemokraten von dieser Idee überzeugt und mit ihnen Partner für die öffentlich geförderte Beschäftigung gefunden. Diese Idee - und damit unser Konzept - ist jetzt mit Unterstützung von vier rot/grün-regierten Ländern in den Bundesrat eingebracht worden. Das ist noch nicht der entscheidende Durchbruch. Es ist aber wieder ein Schritt voran. Der neue ÖBS für Brandenburg, wie wir ihn im neuen Leitbild konzipieren, wird möglicherweise mit der Hauptfinanzierungssäule ESF (Europäischer Sozialfonds) auf solidere Füße gestellt.

Ja, und dann, liebe Genossinnen und Genossen, gibt es noch so ein Brandenburg: Es ist ausdauernd, es ist zäh - es arbeitet, müht sich, treibt wichtige Dinge Schritt für Schritt voran.

Wir alle hier leben und arbeiten in Brandenburg. Wir kennen unser Brandenburg - lange bevor es die berühmte Ode an Brandenburg gab. Ihr wisst schon: Es gibt Länder, wo was los ist. Es gibt Länder, wo richtig was los ist. Und es gibt? - Brandenburg! Genau!

Die Brandenburger machen seit eh keine großen Worte, sie arbeiten lieber gründlich. Manchmal habe ich den Eindruck, so ist das bei uns LINKEN auch. Das ist einerseits schön - denn Bescheidenheit ist eine Zierde. Andererseits heißt es nicht umsonst: Tue Gutes und rede drüber!

Und warum? Weil ansonsten Andere die Deutungshoheit sprich Interpretation über Erfolge bzw. Misserfolge haben.

Deshalb müssen wir beides sein: Noch aktiver und noch wahrnehmbarer. Die Diskussion zum Leitbild kann auch eine solche Plattform sein.

Unser Justizminister hat mit uns als Fraktion die Amtsgerichtsstandorte gerettet - und damit einen wichtigen Teil der Präsenz des Staates in der Fläche gesichert.

Mit dem neuen Leitbild wollen wir noch weiter gehen. Ist uns diese Dimension eigentlich richtig klar? Wir wollen die brandenburgische Justiz nach den Maßstäben des demokratischen und sozialen Rechtsstaats modernisieren. Die Landesverfassung hat eine Verfassungsnorm, nach der das Ziel des Strafvollzuges die Resozialisierung des Strafgefangenen ist.

Das bedeutet, dass der Gefangene befähigt werden soll, nach seiner Entlassung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Unabdingbar sind dazu finanzielle Mittel, um mehr Behandlung, soziale Dienste und die Ausbildung im Vollzug sicherzustellen. Damit dieser Leitbildansatz überhaupt eine Chance hat, haben wir mehr an Geld und Personal bis 2016 bereitgestellt. Eine gute Sozialpolitik ist auch eine gute Kriminalpolitik.

Anita Tack, unsere Gesundheitsministerin, ist mit hohen Erwartungen der Menschen im Land konfrontiert - und mit ganz engen, komplizierten Spielräumen für Landespolitik. Und doch hat sie es geschafft, dass alle 62 Krankenhausstandorte als Anker, auch der ambulanten Versorgung, und auch in den dünner besiedelten Gebieten erhalten bleiben.

Auch das Werben für medizinische Versorgungszentren und das Gemeindegewerkschaftsmodell AGNES hat uns bundesweit in eine Vorreiterposition gebracht. Diesen Weg müssen wir weiter gehen - mit neuen Ideen. Unser Leitbild soll Antworten darauf liefern, wie wir gerade auch in den Berlin fernen Räumen die öffentliche Infrastruktur - auch unter den Bedingungen des demographischen Wandels - erhalten.

Ralf Christoffers, unser Wirtschafts- und Europaminister, sollte eigentlich auch Minister für gute Arbeit heißen. Was er an sozialen Kriterien in die neue Wirtschaftsförder-Strategie eingebaut hat, sucht bundesweit ihresgleichen.

Öffentliche Wirtschaftsförderung und damit Steuergelder gibt es nur, wenn:

1. die Leiharbeitsquote stimmt,
2. wenn ausgebildet wird,
3. wenn tarifliche Standards stimmen,
4. die Lohnuntergrenze eingehalten wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir die sozialen Fragen in unserem Land entschlossen anpacken wollen, wenn es uns ernst ist mit guter Arbeit und gutem Leben in diesem Land, dann werden wir den Blick weiten müssen. Schon jetzt, in der Leitbild-Debatte. „Guter Lohn für gute Arbeit geht nur mit starken Gewerkschaften“, heißt es im Leitbild.

Wir wollen ein Brandenburg mit hoher Wertschöpfung, mit noch mehr guten Industriearbeitsplätzen und mit noch mehr Wirtschaftsdemokratie. Dieses weiter zu untersetzen, wird Aufgabe des Leitbildes sein.

Wir brauchen mehr Tarifbindung, mehr Mitbestimmung, gute Industriearbeitsplätze, mehr berufliche Weiterbildung, mehr Offenheit für ausländische Fachkräfte und – mehr Wirtschaftsdemokratie.

Wir brauchen eine große gesellschaftliche Kraftanstrengung für eine Investitionsstrategie, die die zurückgehende öffentliche Investitionsquote kompensiert.

So, an dieser Stelle dann doch ein Wort zur Energiepolitik.

Wir haben sie im Leitbildentwurf sehr ausführlich – und im Unterschied zu anderen Politikfeldern – in unterschiedlichen Kapiteln aus jeweils unterschiedlicher Sicht beleuchtet.

Warum? Weil nachhaltige Energiepolitik eben nichts ist, was allein von einem Endpunkt her gedacht werden kann – also etwa dem Zeitpunkt, zu dem die letzte Ladung Braunkohle in einen Kraftwerksofen geschüttet wird.

Es geht um die Zeit bis dahin – ebenso wie – um die Zeit danach.

Deswegen heißt es im Leitbild-Entwurf: „Wir wollen die Braunkohle-Verstromung überflüssig machen.“

Wir wissen: Die Energiewende, erst recht so, wie wir sie wollen, bedeutet einen tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel – den gestalten wir in unserem Land, den treiben wir voran! Wir schaffen die Braunkohle nicht nur ab – wir schaffen Alternativen dazu – und zwar mit guter Arbeit auch bei den erneuerbaren Energien. Das ist unser Ziel!

Ich will noch ein Wort zu unserem Finanzminister Helmuth Markov sagen, obwohl vieles schon deutlich wurde, als ich z.B. über die Kommunen gesprochen habe.

Wir haben jetzt den Doppelhaushalt 2013/14 im parlamentarischen Verfahren – den letzten Haushaltsentwurf der Legislaturperiode des ersten linken Finanzministers in Deutschland.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir haben den Entwurf Punkt für Punkt durchgearbeitet und gründlich diskutiert. Unser Urteil hat sich bestätigt:

Diese, unsere Finanzpolitik ist eine solide Grundlage dafür, den Wandel im Land sozial zu gestalten.

Das Brandenburg, das wir uns wünschen und gestalten wollen, befreit sich Stück für Stück aus den Klauen der Banken und Finanzmärkte. Ab 2014 wird Brandenburg als eines der ersten Bundesländer keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

Wir geben intelligent Steuergelder aus und verteilen die Lasten von Zukunftsaufgaben, wie der Energiewende und dem demographischen Wandel gerecht, wobei hier unser Grundsatz bleibt: Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache.

Linke Haushaltspolitik bedeutet immer auch schwerpunktmäßiges Investieren in die richtigen Bereiche: Bildung, Wissenschaft, gute Arbeit, gesundheitliche Versorgung, lebenswerte Kommunen. Denn wir wissen, dass dies die Schwerpunkte sind, mit denen wir unsere Vorstellung eines solidarischen, lebenswerten Brandenburgs der Regionen umsetzen können.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Leitbildentwurf stehen sehr, sehr viele Dinge. Für jeden etwas, könnte man fast sagen. Das ist auch gut und richtig so.

Und natürlich wird auch jedem von euch etwas fehlen. Aber genau diese Ideen brauchen wir, braucht die Partei, braucht Brandenburg.

Zugleich wird sich die Aufmerksamkeit, wird sich das Interesse der landesweiten Öffentlichkeit auf einige herausgehobene Punkte konzentrieren. Diese Erfahrung haben wir bereits in den letzten Tagen gemacht. Zwei Dinge standen im Mittelpunkt:

- Unsere Absicht, in der nächsten Legislaturperiode den Übergang zur Gemeinschaftsschule in Brandenburg zu packen.
- Und die Frage, welcher Weg zur Zukunft der Kommunen - mit uns zu gehen sein wird.

Beide Inhalte betreffen die Themenkreise des solidarischen Brandenburgs einerseits und das Brandenburg der Regionen andererseits. Und es zeigt, dass wir weiter an wichtigen Stellen den Ton angeben können.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Einführung der Gemeinschaftsschule in Brandenburg wird ein Marathonlauf werden, der weit über eine Legislaturperiode hinausgeht. Er muss politisch gewollt, rechtlich und finanziell abgesichert werden.

Funktionieren wird aber nur, was auch von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern getragen wird: Von Eltern, Kindern und Großeltern, von Lehrerinnen und Lehrern, von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, von einer Mehrheit nicht nur im Landtag, sondern im ganzen Land.

Am Anfang steht der Dialog mit allen an Bildung Beteiligten. Mit ihnen gilt es, konsensfähige Schritte zur Gemeinschaftsschule zu erarbeiten, um auf diese Weise eine demokratische Mehrheit herzustellen. Nur so kann die Gemeinschaftsschule entwickelt werden. Sie muss „von unten“ wachsen, eine administrative Einführung „von oben“ würde nicht funktionieren.

Eine Bemerkung noch:

Die Strukturveränderung ist zwar eine notwendige, aber keineswegs eine allein ausreichende Voraussetzung für bessere Leistungen und mehr Chancengleichheit. Sie muss zwingend verbunden werden mit einer Unterrichtskultur und einer Schulkultur, die auf Chancengleichheit ausgerichtet ist. Die anzustrebende Bildungslandschaft muss daher inklusiv, geschlechtergerecht, leistungsstark und demokratisch sein.

So ist das auch mit Blick auf die Kommunen. Es wird eine Menge diskutiert, viel in den Zeitungen spekuliert. Das alles sind Rechenspiele.

Wie wir in den Regionen leben wollen, ist eben mehr als eine Mathematikaufgabe. Die richtige Lösung legen hier sehr viele Menschen fest. Es gibt niemanden, der schon vorher mit dem Rotstift weiß, wie sie aussieht.

Wofür wir aber nicht stehen, das ist Zirkelarithmetik bzw. sind neue Kreisgrenzen, die auf dem Reißbrett entworfen werden.

Wir werden dafür sorgen, dass die Anpassung der Kommunen an veränderte Herausforderungen von unten mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgt! Die von uns vorgeschlagene Struktur der Verbandsgemeinde ist ein Diskussionsangebot, das aus dem Leben heraus entsteht.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich bin jetzt etwa 90 Tage Vorsitzender der Fraktion. Wir haben gestern beim Aktiventag ausführlich über diese Zeit geredet. Über unser Programm für den Herbst und über das, was wir davon erreicht haben.

Wir fragen uns ja oft, was der richtige linke Weg in der Politik ist. Wo führt er lang? Meine Erfahrung nach fast 8000 Kilometern in den vergangenen 3 Monaten ist: Der Weg führt über ´s Land, ...durch das Land. Wer für die Menschen Politik machen will, der muss sie mit ihnen machen! Nur so erfährt man, was die soziale Frage in diesem Land eigentlich ist, was da gelöst werden muss.

Zum Beispiel die Rentenangleichung Ost-West, liebe Genossinnen und Genossen, muss kommen! Es kann nicht sein, dass nach 22 Jahren, die Ostdeutschen zwischen 141 und 150 Euro weniger Rente pro Monat bekommen als Westdeutsche.

Selbst die schwarz-gelbe Koalition von Frau Merkel hatte das am Anfang eingesehen. Und dort, im Bund, muss das auch geregelt werden.

Wir hier in Brandenburg hatten uns 2009 verabredet, in diesem Sinne auch über den Bundesrat Druck zu machen. Die Verabredung steht. Warten können die Rentnerinnen und Rentner im Osten nicht mehr.

Auch deswegen bin ich froh, dass wir jetzt wieder in die Leitbilddebatte einsteigen – und auch in den Wahlkampf!

Links verändert!

So ist es. Und so wird es sein.

Ich danke euch für die Aufmerksamkeit!

Rede von Stefan Ludwig

Landesvorsitzender DIE LINKE. Brandenburg

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Vielen Dank für den herzlichen Empfang an die Vertreter der Stadt und unseres Stadtverbandes hier in Frankfurt (Oder).

In der Bundesrepublik wird derzeit viel spekuliert: Schwarz-Gelb, Rot-Grün, eine Große Koalition oder doch ein Bündnis aus Union, FDP und Grünen? Schon jetzt wird über mögliche Konstellationen nach der Bundestagswahl spekuliert. Nur unsere Partei taucht dabei nicht auf. Laut Spiegel räche sich die jahrelange Fundamentalopposition bei der laut Spiegel „einsamsten Partei Deutschlands“.

Für Brandenburg, liebe Genossinnen und Genossen, können wir diese Einschätzung nicht nachvollziehen. Wir haben immer unsere Kritik an den herrschenden Verhältnissen mit konstruktiven Vorschlägen für deren Veränderung verbunden. Und so wollen wir es auch heute auf diesem Parteitag halten. Wir wollen uns heute für den Wahlzyklus 2013/2014 aufstellen. Dafür liegen der Leitantrag des Landesvorstandes, der Leitbildentwurf der Landtagsfraktion, aber auch zahlreiche weitere Anträge vor, die wir heute gemeinsam und mit unseren Gästen beraten und beschließen werden. Dabei wird es sicher auch kontrovers zugehen. Bei allen Meinungsverschiedenheiten bleiben wir aber in einen sachlichen Diskurs. Reden wir miteinander und nicht übereinander.

In diesem Sinne begrüße ich alle Delegierten aus den Kreisverbänden ganz herzlich, die Mitglieder des Landesvorstandes, des Landesausschusses, der Landtagsfraktion, der Bundestagsfraktion, unsere Ministerin und unsere Minister, Gäste aus dem polnischen Nachbarland und auch aus Tschechien.

Ein herzliches Willkommen geht auch an die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, die uns heute hier vor dem Tagungsobjekt begrüßt haben. Und die ich herzlich einlade, mit uns weiter zu diskutieren, auch hier vom Pult aus.

Und: Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns von hier aus ein deutliches Signal in Richtung Niedersachsen senden. In Hannover fand gestern der Wahlkampfauftakt statt. Viele unserer Genossinnen sind auch in Niedersachsen unterwegs. Wünschen wir Ihnen von hier aus viel Erfolg. Diese Landtagswahl wird viel dazu beitragen wie wir zu Beginn des Bundestagswahljahres politisch wahrgenommen werden.

Die kommende Bundestagswahl stellt Weichen für Politik bis zum Ende des Jahrzehnts. Große Aufgaben stehen zur Lösung an. Wie gehen andere Parteien in die Wahl?

Merkels CDU erklärt ununterbrochen, wir seien gut durch die Krise gekommen. Sicher: 50% Jugendarbeitslosigkeit wie in Spanien haben wir nicht, ich will mir das auch nicht Ausmalen für unser Land. Aber: In Deutschland sind nicht alle gut durch die Krise gekommen: Leiharbeit, Niedriglohn, Aufstocken, Altersarmut sind wachsende Probleme in Deutschland. Zu Lasten der vielen Betroffenen wird davon abgelenkt, dass nach 3 Jahren dieser Bundesregierung die Schere zwischen Arm und Reich weiter offen ist als je zuvor. Als bisheriger Höhepunkt wurde auch noch der Armutsbericht der Bundesregierung geschönt! Wir werden nicht hinnehmen, dass soziale Kälte in diesem Land die Großwetterlage bestimmt. Wir wollen in diesem Sinne für eine deutliche Klimaerwärmung streiten!

Die SPD hat ihren Vizekanzler-Kandidaten aufgestellt. Mit seiner rituellen Handlung, jegliche Kooperation mit uns schon jetzt auszuschließen, hat er den Kurs frühzeitig auf Große Koalition gesetzt. Aber: Wie immer in Opposition hat die SPD linke Themen angesprochen. Sie wollen uns das große Thema der „Sozialen Gerechtigkeit“ streitig machen. In Opposition plädieren sie für höhere Kapitalsteuern, für mehr Solidarität, eine bessere Rente und ein angemessenen Spitzensteuersatz. Wie sie in Regierung damit umgehen wird, haben wir bitter erfahren, erinnern sich Wählerinnen

und Wähler noch? Da steht harte Arbeit für uns an.

Die Grünen haben sich mit ihrer Urwahl Spitzenpersonal für eine Richtung bestimmt: die Agenda 2010. Beide sind für massiven Sozialabbau verantwortlich, als Minister u. Fraktionsvorsitzende unter Rot-Grün. Das ist kein Neuaufbruch, das ist eine Kampfansage an alle benachteiligten in Deutschland.

Die FDP wird für ihre Politik der Umverteilung nach oben u. ihren Marktradikalismus bestraft, mehr will ich hier nicht dazu sagen

Und DIE LINKE? Wie stehts ums: Wir? Seit Göttingen sind wir wieder im Gespräch mit Wählern, haben Vertrauen gewonnen durch Zuhören. Wir suchen wieder Antworten auf Fragen der Wähler, die Selbstbeschäftigung tritt in den Hintergrund. Für die nun auf Deutschland durchschlagende Krise haben wir erste Antworten entwickelt:

- Wir wollen die Binnenkonjunktur ankurbeln durch Kaufkraftstärkung; dazu brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn bundesweit; auf unser Drängen erfolgte das Streichen der Praxisgebühr; die Anhebung von Hartz IV als erster Schritt auf 500€ ist jetzt notwendig.
- Wir wollen die Einführung verbesserter Regelungen zur Kurzarbeit zur Milderung der Folgen der Produktionssenkungen.
- Wir wollen Kaufanreize und Energieeinsparungen durch eine „Abwrackprämie“ für alte stromfressende Haushaltsgeräte.

Aber als dauerhafte Aufgaben sehen wir weiterhin:

- Wir wollen die Angleichung der Renten in unsrem Land 22 Jahre nach der staatlichen Einheit jetzt!
- Wir wollen die Heranziehung der großen Vermögen zur Lösung der drängenden Aufgaben durch eine Millionärssteuer und eine veränderte Einkommenssteuer.
- Wir wollen den Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau – dazu hat die Bundestagsfraktion ein jährliches Investitionsvolumen von 125 Mrd. € vorgeschlagen, wir haben einen Plan B!

Und wir bleiben dabei: Konflikte kann man nur dauerhaft lösen, wenn man sie friedlich löst – wir bleiben die einzige konsequente Friedenspartei im Bundestag! Dabei stehen wir vor einer neuen Herausforderung im Nahen Osten durch Stationierung der Raketenabwehr der Bundeswehr in der Türkei: wofür braucht die jemand dort? Die jetzt zu beklagenden Einschläge von Artilleriegeschossen auf türkischen Boden kann niemand damit verhindern. Mit welchem Konflikt wird also gerechnet oder welcher wird angesteuert? Wir bleiben Teil der deutschen Friedensbewegung. Wir werden uns an ihren Aktionen beteiligen.

Aber: Auch dazu wollen wir mit anderen Parteien gemeinsam Mehrheiten im Bundestag bilden. Es gibt unsererseits keine Abschottung, sondern klare Angebote an Grüne u. SPD zu Bedingungen für gemeinsames politisches Handeln durch unsere Parteivorsitzenden.

Grundvoraussetzung dafür bleibt ein solides Wahlergebnis. 2009 haben wir hervorragend abgeschnitten bundesweit, mit viel Vertrauensvorschuss wurden wir die Nr. 1 in Brandenburg. In Umfragen liegen wir deutlich schlechter z.Z.; wir haben aber leichten Aufwind seit Göttingen. Um diesen fortsetzen zu können, brauchen wir Geschlossenheit in unseren Reihen, denn zerstrittene Parteien werden nicht gewählt. Besonders in Wahlzeiten ist Vielstimmigkeit kein Qualitätsmerkmal. Es liegt also auch in unserer Hand, unseren Erfolg zu sichern. Dazu schlagen wir Euch heute ein Ziel vor: wir wollen so dicht wie möglich an die Wahlergebnisse von 2009 herankommen, 25% plus x sind erreichbar!

25% wären 5 Abgeordnete der Brandenburger Linken, bei 20% z.Z. wären es 4. Wenn wir mehr wollen, wenn wir mehr Brandenburger Linke im Bundestag wollen, müssen wir mit einem engagierten Zweitstimmenwahlkampf deutlich über die 25%! Viel haben wir in den vergangenen Wochen über Erst- u. Zweitstimmen diskutiert. In allen Wahlkreisen stellen wir KandidatInnen auf, die vor Ort für die Linke stehen. Natürlich wünschen wir uns für alle ein Einziehen in den Bundestag, aber die Fraktionsstärke der Linken wird über die Zweitstimmen ermittelt werden – in dieser Dia-

lektik werden wir Wahlkampf machen müssen. Denn wir können das: getragen von einem starken Zweitstimmenergebnis haben wir 2009 vier Direktmandate gewonnen.

Wir gehen diesen Weg gemeinsam. Wir haben uns in der Kommunikation untereinander neu aufgestellt und Bewährtes fortgeführt. In Beratungen mit den Kreisvorsitzenden kann ich ca. alle 8 bis 10 Wochen unmittelbar die Politik unseres Landesverbandes diskutieren, im Landesausschuss herrscht eine aktive Zusammenarbeit, auf toll besuchten Mitgliederversammlungen haben wir bereits 3 DirektkandidatInnen nominiert und viel über unsere Politik beraten, die Gespräche beim Fraktionsvorsitzenden Christian Görke führen aktiv auch zum Austausch der kommunalen Fraktionschefs untereinander, zusätzlich machte sich Christian ein Bild vor Ort überall im Land. Auf den gegenwärtig stattfindenden Tagungen von Kreisparteitagen oder den Mitgliederversammlungen oder anderen Veranstaltungen sind Mitglieder des Landesvorstandes immer vor Ort.

Im Landesvorstand haben wir unmittelbar nach unserer Wahl die Arbeit an den von der ersten Tagung gefassten Beschlüssen oder den Überweisungen gearbeitet. Dazu habt Ihr in den Delegiertenmaterialien auch erstmals eine konkrete Auflistung des bisher erreichten Arbeitsstandes erhalten. Ihr habt so eine belastbare Information zur Beschlussumsetzung zwischen den Parteitagen durch den Landesvorstand. Dies ist eine der zahlreichen Neuerungen in dieser Wahlperiode. Daneben sind wir z.B. auch zu Themen, die unsere Basis und auch uns sehr bewegen, mit Ministerinnen der SPD ins Gespräch gegangen. Wir haben die Regionalkonferenzen weiter zu Kommunikationshöhepunkten profiliert. Daran haben die ausrichtenden Kreisverbände einen großen Anteil. Vielen Dank für die gute Vorbereitung dieser wichtigen Kommunikationsform an euch!

Wir wissen, dass wir als größtenteils ehrenamtlich arbeitender Landesvorstand nicht alles sofort schaffen, dass wir beim Arbeiten auch Fehler machen. Kritik ist gewollt. Wir bitten Euch um ehrliche Einschätzung unserer Arbeit. Dazu ist in jeder Beratung Raum, auch in der Sitzung des Landesvorstandes ist Kritik willkommen. Dazu muss man aber mit uns reden oder eben bei uns, nicht über uns. Ganzseitige Namensartikel oder Interviews von Bundestagsabgeordneten über uns in Tageszeitungen helfen nicht beim Weiterkommen. Übrigens sind alle unsere Bundestagsabgeordneten immer in die Tagungen des Vorstandes eingeladen, 2 haben davon leider keinen Gebrauch gemacht. Einer schreibt stattdessen seine Einschätzung an andere. Lieber Wolfgang Neskovic, so können wir in der Partei nicht erfolgreich arbeiten! Wir sind gesprächsbereit, lesen wollen wir Anderes von dir.

Wir sind weiterhin eine stark kommunal verankerte Partei. Unsere vielen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind auch unsere aktiven Partner im Wahlkampf. Besonders da, wo wir die Rathauspitze stellen, kann man es nachprüfen: Links wirkt. Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, unsere Beigeordneten in Kreisverwaltungen und kreisfreien Städten haben auch in diesem Jahr wieder gemeinsam mit den Vertretungen Bemerkenswertes geleistet. Manchmal bekommen sie dafür auch einen Preis. Eine bekommt oft einen Preis: Barbara Klembt aus Wiesenburg/Mark, unsere Vizepräsidentin des Städte- und Gemeindebundes.

Die Stadt Wiesenburg (Potsdam-Mittelmark) hat in dieser Woche den Unternehmer-Preis des Ostdeutschen Sparkassenverbandes verliehen bekommen. Wiesenburg hat den Preis wegen seiner behutsamen Ortserneuerung erhalten, heißt es zur Begründung. Die Großgemeinde mit 4.500 Einwohnern setzt sich konsequent für ihre Ziele ein - sie erschließt Gewerbegebiete und entwickelt neue Wohngebiete. So wurde der historische Dorfkern mit dem Schloss saniert und der riesige Park von 123 Hektar zu einer Touristenattraktion gestaltet. Dazu auch unseren Glückwunsch nach Wiesenburg! Gratuliert habe ich ihr persönlich schon am Freitag.

Übrigens halte ich das für ein Zeugnis dafür, dass Gemeinden unterschiedlicher Einwohnerzahlen erfolgreich arbeiten können, denn die Liste der Prämierungen der Gemeinde für verschiedenste Leistungen ist lang in den letzten Jahren. Dieses Beispiel werden wir in die Arbeit der Enquetekommission des Landtags selbstverständlich einbringen, wenn wir im kommenden Jahr zu Vorschlägen für Reformen kommen. Unterschiedliche Entwicklungslinien in allen Teilen des Landes erfordern Möglichkeiten zu unterschiedlichem Handeln vor Ort. Die Zeit einheitlicher Vorgaben aus Potsdam dürfte vorbei sein, Freiräume zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse müssen vor Ort genutzt werden können. Dafür streiten wir, die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung bleibt un-

ser Ziel.

Der demografische Wandel findet statt, ist aber auch Chance, nicht Bedrohung

Wer mehr Kinder im Land aufwachsen sehen will, muss sich mit der Lebenswirklichkeit und den Lebensentwürfen junger Frauen vertraut machen. Ihre Perspektiven in den Mittelpunkt zu stellen, heißt unser Land zukunftsfähig zu machen. Wer Enkeltauglichkeit der Politik als Prüfkriterium will, braucht erst einmal Kinder. Brandenburgs Zukunft ist weiblich!

Wo sehen wir uns in Zukunft? Wohin soll die Bundesrepublik und auch Brandenburg ihre Wege gehen? Erste Antworten versuchen wir mit dem Entwurf für ein Leitbild zu formulieren. Die Landtagsfraktion hat gemeinsam einen Entwurf vorgelegt, den wir nun öffentlich diskutieren wollen. Einen Fahrplan dafür hat der Landesvorstand mit einem Initiativantrag zur Beschlussfassung heute eingebracht.

Brandenburg war Vorbild und Vorreiter im Osten bei der Führung von Leitbildprozessen. Andere Landesverbände wenden unsere Idee nun ebenso an. Können wir nun von Anderen im Osten lernen? Ja und nein.

Ostdeutschland ist nicht mehr das in jeder Hinsicht Andere als der Westen der Republik. Die Annäherung der Lebensverhältnisse ist in zentralen Fragen erreicht.

Auch im Wertegefüge gibt es neben anhaltenden Differenzen deutliche Annäherungen von Ost und West.

In existenziellen Bereichen gibt es tatsächlich noch gravierende Unterschiede zu Lasten des Ostens insgesamt: Bestandsrenten, Abhängigkeit von Transfereinkommen, Arbeitslosigkeit, weitere ließen sich nennen.

In anderen Fragen täuschen statistische Angaben über tatsächliche Differenzierungen, die nicht nur Ost-West-Differenzierungen sind, hinweg: 87% Prozent Einkommensniveau z.B., solche Unterschiede gibt's auch zwischen Nord und Süd.

Die ostdeutsche Identität ist heute im Wesentlichen kultureller Art - eine Art landsmannschaftliche Bindung. DIE LINKE als Fortsetzung der PDS ist strukturelle Unterersetzung dieser Identität - sie hat die Chance, dies zu bleiben, wenn sie Herkunft und Lebenswirklichkeit der Ostdeutschen richtig widerspiegelt und adäquate Vorschläge macht.

Ostdeutschland ist nicht in dem Sinne aus der Krise nach 1990 raus, dass die Erwartungen und Versprechen eingelöst wären - es hat sich mit einem veränderten Westen irgendwo unter diesem Niveau getroffen. Es ist vom größten geschlossenen Krisengebiet zu einem Teppich von Krisengebieten und Wachstums- bzw. immerhin lebensfähigen Regionen geworden.

Die Annäherung der Lebensverhältnisse sagt noch nichts über die Qualität und die Akzeptanz der entstandenen Lage. Die Bevölkerung in Ost und West ist mit diesen Standards unzufrieden und bewertet die jeweils eingetretenen Veränderungen als ungerecht. Die existenziellen sozialen Probleme, die im Osten besonders stark auftreten, werden nicht mehr nur als spezifische ostdeutsche Benachteiligung aufgenommen. Die Zäsur waren in Ost und West die Reformen der Schröder-Ära.

Die sozialen Probleme können und brauchen nicht mehr als spezifisch ostdeutsche Problemlagen bearbeitet werden. Die Lösungen müssen einerseits übergreifender, für Ost und West gleichermaßen tauglich werden - andererseits differenzierter, auf die innerostdeutschen regionalen Spezifika angepasste Struktur- und Industriepolitik hinaus laufen.

Ein solcher Ansatz, die Regionalisierung, würde zudem eine politische Innovation auch für den Westen bedeuten. So könnte der beschriebene Erfahrungsvorsprung Ost aussehen. Zugleich würde er helfen, die Identifikation der Ostdeutschen mit ihren näheren Heimatregionen zu stärken.

Wir geraten damit allerdings in Konflikt zu denen, die aus Wahlkampf- oder anderen Gründen Politik auf traditionelle Art für "Ostdeutschland als Ganzes" designen und damit auch immer noch Anhang mobilisieren können, z.B. Minister Machnig von der SPD in Thüringen. In der Bundes-SPD ist seine Position marginalisiert.

Aber bei uns gehört der Osten zum Markenkern, er ist der Ausweis realpolitischer Gestaltungs-

kraft wie auch der Bodenständigkeit von Visionen, ist nicht Anhängsel einer westdeutsch dominierten Partei.

Wir haben in und mit Ostdeutschland die Erfahrung gemacht, dass eine gesamt-nationale Kraftanstrengung bei einer großen Herausforderung möglich ist und dass eine solche Kraftanstrengung auch etwas bringt.

Ist es die Herausforderung, das Abhängen von Regionen in Ost wie West zu verhindern, Regionen und ihre Menschen wieder anzukoppeln, das Leben dort neu zu organisieren und so auch den sozialen Schwerpunkten zu begegnen, die wir zukünftig in den Mittelpunkt rücken sollten?

Wäre das nicht der günstigste Ansatzpunkt für unsere Idee des sozial-ökologischen Umbaus?! Alle Themen lassen sich so quasi deklinieren:

Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Verkehr; dezentrale Energieerzeugung; dezentrale Wertschöpfung, Ansiedlung, Konzentration von und Anbindung an Wertschöpfung.

Das hätte Bezug zu Erfahrungen mit rot-roten Landesregierungen, aber auch Oppositionsarbeit Ost. Mit all dem haben wir uns gründlich beschäftigt, das alles haben wir schon mal gemacht. Damit haben wir einen Erfahrungsvorsprung, den wir für eine bundesweite neue Aufgabe nutzbar machen können.

Mit der Verankerung der Regionen im jetzigen Leitbild als auch im neuen Entwurf könnten wir diesen Weg einschlagen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein arbeitsreicher Tag liegt vor uns. Ich wünsche uns eine angenehme Diskussionskultur und gute Entscheidungen. Denn die kommenden Monate bleiben voller Arbeit. Gemeinsam werden wir sie bewältigen. Wir verändern Brandenburg!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

